

Eübender Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Eübender Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, and die Post zu beziehen. — Abonnementpreis vierteljährlich 2.40 Mk., monatlich 80 Pf.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Jahrespreis 2.40 Mk.

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgepaltenen Zeilen oder deren Raum 25 Pf., Veranlagungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 15 Pf., einwöchige Anzeigen 30 Pf. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 107.

Dienstag, den 8. Mai 1917.

24. Jahrg.

Rasche Arbeit und konservative Obstruktion im Verfassungsausschuß.

Aus dem Reichstage wird uns geschrieben:

Die Verhandlungen des Verfassungsausschusses haben einen merkwürdigen und wohl von wenigen erwarteten Verlauf genommen. Als die Kommission unter Scheidemanns Vorsitz zusammentrat, legten ihr die Mittelparteien (Nationalliberale, Zentrum und Fortschrittler) eine Reihe von Anträgen auf Ausbau des Verfassungswesens vor, die sämtlich darauf hinausliefen, der späteren Einführung des parlamentarischen Systems vorzuarbeiten. Für die Anträge war eine feste Mehrheit vorhanden. Die Arbeit des Verfassungsausschusses hätte ergebnisarm bleiben müssen, wenn er Wochen und Monate auf diese Rechtsreformen verwanzt und darüber die grundlegenden Wahlrechtsfragen vernachlässigt hätte, von denen die Stärke des Einflusses bei den verschiedenen Klassen auf die Gesetzgebung abhängt und an denen daher das Proletariat als Klasse am stärksten und unmittelbarsten interessiert ist. Dies war aber nicht die Absicht der Antragsteller und des Verfassungsausschusses. Wenn man sich unter Zustimmung der Sozialdemokratie entschloß, diese Bezirke der parlamentarischen Regierungsweise an die Spitze zu stellen, dann ließ man sich dabei von dem Gedanken leiten, diese Anträge in kürzester Zeit zu erledigen, um ein erstes praktisches Ergebnis zu schaffen, um dadurch Raum für die anderen Reformarbeiten zu gewinnen. Die Konservativen erkannten frühzeitig die Gefahr für ihre bevorrechtigte Stellung, welche in diesem ganz auf den positiven Erfolg gerichteten Arbeitsplan des Verfassungsausschusses lag. Durch lange Geschäftsordnungsdebatten und heftige provozierende Reden suchten sie die Verhandlungen aufzuhalten, aber obwohl sie dabei in einigen Fragen von der Regierung unterstützt wurden, vermochten sie gegen den festen Entschluß der gewaltigen Mehrheit des Ausschusses nicht aufzukommen. Kurz das Ergebnis war: Binnen 48 Stunden nahmen der Verfassungsausschuß sämtliche Anträge auf Stärkung der Reichstagsrechte gegen die Stimmen allein der völlig isolierten Konservativen an. Dieses Ziel zu erreichen, war natürlich nur möglich, wenn sich die zu seiner Durchsetzung entschlossenen Parteien stärkste Selbstbeschränkung auferlegten. Die Sozialdemokratie, der die jetzt beschlossenen Weiterbildungen des Verfassungsrechtes natürlich nicht entfernt genügen, verzichteten deshalb darauf, ihren grundsätzlichen Standpunkt in Anträgen zu formulieren und beteiligte sich vielfach auch an der Auseinandersetzung nur mit kurzen Erklärungen. Alle konservativen Verzögerungsversuche brachen sich an dem festen Willen der Mehrheit zu rascher Tat, und die früher so sehr verwöhnten Herren von der Rechten wurden über die gänzliche Erfolglosigkeit ihres Einspruchs so ärgerlich, daß sie jetzt zu offenen Obstruktionen gegriffen haben: In einem Unterausschuß, der für die Behandlung von Nebenfragen eingesetzt war, haben sie überhaupt keinen Vertreter mehr geschickt.

Welche Änderungen der Reichsverfassung hat nun der Ausschuß beschlossen? Zunächst wurde die Verantwortlichkeit des Reichskanzlers und seiner Stellvertreter für Anordnungen und Verfügungen des Kaisers, die schon bisher in Artikel 17 der Reichsverfassung festgelegt war, ausdrücklich als eine Verantwortung gegenüber dem Reichstage und dem Bundesrate bezeichnet. In einer besonderen Entscheidung dazu wurde der Reichskanzler ersucht, baldigst einen Gesetzentwurf über die Errichtung eines Staatsgerichtshofes vorzulegen, damit diese Verantwortlichkeit des Reichskanzlers bei Rechtsverletzungen auch auf gerichtlichem Wege geltend gemacht werden kann. Sodann wurde beschlossen, daß für die Verwaltung der Kriegsmarine und des Heeres einschließlich der Ernennung der Offiziere und Beamten der Reichskanzler oder der Staatssekretär des Reichsmarineamts bzw. die Kriegsminister die Verantwortlichkeit vor dem Reichstage durch Gegenzeichnung zu übernehmen haben. Das konservative Geschrei, damit werde das deutsche Heer ein Parlamentsheer und der deutsche Offizier abhängig von der Parteivillkür, ist natürlich eine lächerliche Übertreibung. In Wahrheit würde die Durchführung dieses Beschlusses nur die Befestigung des Militär- und Marinekabinetts bedeuten, von deren unheilvollem, durch kein öffentliches Organ kontrolliertem Einflusse manches Blatt der politischen Geschichte des deutschen Reiches erzählt. Die Mißstände im Heer- und Flottenwesen könnten dann freilich nicht mehr vor jeder Aufdeckung auf der Tribüne der Volksvertretung sich hinter das Schild der kaiserlichen Kommandogewalt flüchten. Aber dieser Kommandogewalt würde damit ein Dienst erwiesen werden. Man schaffte für sie dieselben Sicherungen, die in Bayern, Württemberg und Sachsen schon bestehen, und dort mancher Befehl wurde längst abgeholfen haben, die im preussischen Heereskontingent noch immer starke Unzufriedenheit hervorruft.

Ein weiterer Beschluß des Verfassungsausschusses geht auf die dauernde Tagung des Reichstages während des Krieges. Während eines von deutschen Reiches geführten Krieges soll die Volksvertretung nur mit ihrer Zustimmung geschlossen oder vertagt werden können. Für seine Wahlprüfungen erhält der Reichstag das Recht der Zensurennehmung durch beauftragte Gerichte. Der Schutz der Freiheit

der Abgeordneten gegen Verhaftungen und Strafverfolgungen wird eingeschränkt, über ihnen anvertraute Tatsachen erhalten sie ein Zeugnisverweigerungsrecht. Für Erörterungen über die äußere Politik soll der Reichstag auch geheime Sitzungen anberaumen können. Das Rederecht der Bundesrats-Bevolmächtigten wird dahin beschränkt, daß sie jederzeit nur zu den Verhandlungsgegenständen sprechen können, nicht wie bisher über alles Beliebig.

Alles keine weltbewegenden Umwälzungen, aber bei ihrer Durchführung doch erfreulichere Formen, um deren Erreichung früher jahrelang gekämpft worden ist. Die Regierung hat sich bisher außerordentlich zurückgehalten und deshalb heftige Verwürfe von den Konservativen erfahren. Wie in der Friedensfrage, wird sie sich in kurzer Frist nun auch in der Verfassungsfrage entscheiden müssen. Sie hat die Wahl, sich ausschließlich auf die preussischen Agrarier zu stützen, oder sich mit Volk und Volksvertretung zu verständigen. Was wird sie tun?

Der Verfassungsausschuß beschäftigte sich gestern mit den Anträgen seiner Unterkommission, welche das Rederecht der Bundesratsvertreter im Reichstag umgrenzen sollen. Heute hat er die Anträge zur Sicherung der Immunität (Unver-

letzlichkeit) der Reichstagsabgeordneten auf der Tagesordnung. Alle diese überwiegend formalen Fragen werden gegen den Widerstand der Konservativen und teilweise der Regierung nach den Anträgen der Mittelparteien neu geregelt. Wahrscheinlich schon heute steht dann auch die Neueinteilung der Reichstagswahlkreise zur Debatte, der wichtigste Punkt der gegenwärtig im Verfassungsausschuß überhaupt zu behandeln ist. Das „Berliner Tageblatt“ gibt eine Information wieder, wonach durch Teilung der größten Wahlkreise die Zahl der Reichstagsmandate um 20 bis 30 vermehrt werden soll. Die „Deutsche Tageszeitung“ findet diese Zahl noch reichlich hoch gegriffen und will höchstens 8—10 neue Mandate zugestehen. Eine solche Neuordnung wäre so bedeutungslos, daß sie eben so gut unterbleiben könnte. In Wahrheit handelt es sich um die Verwirklichung einer Rechtsforderung: das Wahlrecht muß wirklich gleich werden während bisher die Wähler auf dem Lande, weil ihre Wahlkreise viel kleiner waren als die städtischen, tatsächlich einen viel mehr stärkeren Einfluß auf die Reichsgesetzgebung hatten. Das ist eine Kernfrage der Verfassungsrevision, die an Bedeutung hinter der preussischen Wahlreform und der Einführung des parlamentarischen Systems kaum zurücksteht. Erst nach der Entscheidung über sie wird man das Urteil über die Arbeiten des Verfassungsausschusses sprechen können.

Die Schlacht im Westen.

Die vierte Arras-Schlacht ist zu Ende; sie brachte den Engländern trotz Massenaufwand an Menschen und Material auf einer 30 Kilometer langen Front keinen anderen Erfolg, als die Trümmerstätte des Dorfes Fresnoy, nördlich der Scarpe.

Am Abend des 6. Mai drangen deutsche Patrouillen westlich von Hulluch bis in den dritten feindlichen Graben vor, dessen Besatzung im Handgranatendampf fiel. Westlich von Loos wurden feindliche Ansammlungen unter Vernichtungsfeuer genommen. Die Bereitstellungen westlich von Heville und Fresnoy wurden durch unter zusammengefaßtes Feuer niedergebhalten. Nördlich von Arras starkes Artilleriefeuer, das sich allmählich auch südlich der Scarpe geltend machte und in der Nacht zum 7. Mai in großer Stärke anhält. Zwischen Fontaine und Luceant steigerte es sich in den frühen Morgenstunden des 7. Mai zum Trommelfeuer. Feindliche Angriffe sind bisher nicht erfolgt.

Im Raume nördlich von St. Quentin ermateten die erfolglosen Angriffe in der Gegend von Connelieu, die den Engländern erhebliche Verluste kosteten. Ein nächtlicher englischer Vorstoß gegen einen Vorposten zwischen Villeret und St. Quentin wurde verlustreich abgewiesen. St. Quentin wurde abermals rückwärts besessen. Nachmittags wurde das Gewölbe der Kathedrale durch französische und englische Vorkämpfer schwer beschädigt. Abends und nachts hielt das lebhafteste Feuer in mehreren Abschnitten an. Bei Villiers-Moutch wurde eine Anzahl Engländer durch unsere Patrouillen gefangen genommen und Materialbeute eingebracht. Eine westlich von Dricourt vorgehende, feindliche Patrouille wurde abgewiesen.

Die französische Niederlage vom 5. Mai stellt sich nach ergänzenden Berichten weitaus schwerer heraus, als sich anfänglich übersehen ließ. Die Franzosen setzten nach einer Feuervorbereitung, die alles bisher Erlebte weit übertraf, gegen den Höhenzug des Chemin des Dames in der ersten Linie ein. Ueber 15 Divisionen waren infolge der unerhörten blutigen Verluste gezwungen, immer mehr Kefern in den Kampf zu werfen, die sie von allen übrigen Frontteilen eiligst heranzogen. Ein Riesenhäer von 200 000 Mann sollte den entscheidenden Schlag führen. Schwere Verluste und minimale örtliche Erfolge waren das Resultat der ungeheuren Anstrengung, wozu Frankreich alle verfügbaren Kräfte zusammengerastet hatte. Am 6. Mai vormittags trat eine Kampfpause ein. Das französische Feuer blieb, abgesehen von dem Abschnitt Braye bis zur Hurtebise Fe., matt. Erst im Laufe des Tages wurde es wieder kräftiger und die Kampfhandlungen setzten in wechselnder Stärke ein. Nach stärkster Artillerievorbereitung erfolgte südlich von Mennejean ein feindlicher Angriff, der in unserem Feuer blutig zusammenbrach. Im Gegensatz dazu hatte ein von Rheinländern und Westfalen unternommener Vorstoß nordwestlich von Mennejean Erfolg und brachte uns wieder in den Besitz der verlorengegangenen Grabenlinie. Um 3 Uhr nachmittags griffen die Franzosen zwischen Malmouin und der Fontaine Fe. erbittert an; sie wurden unter den schwersten Verlusten abgewiesen. Das französische Feuer lag mit andauernder großer Heftigkeit auf diesem Frontabschnitt. Beiderseits der Kanone Fe. fanden wilde Nahkämpfe Mann gegen Mann um den vordersten Graben statt.

Auf dem Ostflügel der Kampffront wurde um den Wintersberg von vormittags bis spät in die Nacht mit äußerster Erbitterung gerungen. Nachmittags um 6 Uhr nahmen die deutschen Truppen die im Sturm verloren ge-

gangenen Gräben zurück und behaupteten sie gegen sechs- malige feindliche wütende Anstürme. Die Franzosen hatten hier ganz außerordentlich schwere Verluste und mußten sich auf den Südhang zurückziehen. Das Plateau selbst ist neutrales Gebiet. In den Kämpfen um den Winterberg wurde eine größere Anzahl Gefangener eingebracht. Neue Meldungen bestätigten die außerordentlich schweren Verluste, die namentlich in der Mitte der Südfront, wo neben dem Regimentern der Wajerkante Thüringer, Magdeburger, Hallenser und Gardetruppen mit großer Tapferkeit kämpften, ungeheuer sind. Eine südlich von Landricourt offen aufziehende feindliche Patrouille wurde durch unsere schwere Artillerie mit fünf Schuß in Trümmer geschossen. Gegen Abend raffte der Franzose nochmals alle verfügbaren Kräfte und Reservern zusammen, um nochmals in einem gewaltigen Ansturm auf 18 Kilometer Breite in die Linie Sancy—Ailles vorzustoßen. Aber auch diese gewaltige Anstrengung aller Kräfte brach unter den schwersten Verlusten in unserem Sperr- und Maschinengewehrfeuer und im Nahkampfe zusammen. Ebenso erfolglos blieb ein heftiger Angriff zwischen Bauvaillon und Laffaux.

Heiße, schwere Tage waren es, die unsere Truppen hier durchlebten; hoffentlich haben sie uns dem Frieden näher gebracht.

Ueber eine Million Soldaten haben die Engländer und Franzosen in den Riesenschlachten in den Kampf geworfen, ohne das gewünschte Ziel zu erreichen.

Der gestrige deutsche Abendbericht lautet:

WB. Berlin, 7. Mai, abends. (Amtlich.)

In der Arras-Front hält das starke Artilleriefeuer in den einzelnen Abschnitten an. Bei Roex, sowie zwischen Fontaine und Niencourt wurden englische Angriffe blutig abgewiesen. Bei Bullecourt wird noch gekämpft.

An der Aisne scheiterten beiderseits von Craonelle stark französische Angriffe.

Die gegnerischen Heeresberichte besagen:

Französischer Bericht vom 6. Mai, nachmittags: Nordöstlich Soissons machten die Deutschen in der Nacht zahlreiche Angriffe mit starken Truppenbeständen auf die gestern von uns eroberten Stellungen. Der Kampf war besonders in der Gegend Laffaux, nördlich des Gefäßtes Froidemont, und Braye en Laonnais und nordöstlich Cerny erbittert. Ueberall wurden die Anstrengungen der Deutschen gebrochen, ihre Sturmwellen durch Feuer oder mit dem Bajonett zurückgetrieben. Wir behaupteten unseren Gewinn reiflos. Unsere Truppen richteten sich auf dem eroberten Gelände ein. Es bestätigte sich, daß die Deutschen sowohl im gestrigen Kampfe wie bei ihren Gegenangriffen in der Nacht blutige Verluste erlitten. Kurz gesagt, alle Operationen am 4. und 5. Mai machten uns im Zusammenhange mit der Operation der Engländer zu Herren des größten Teiles des Raumes am Chemin des Dames auf drei Kilometer Frontbreite. Die Zahl der jetzt gezählten Gefangenen beträgt 5800, davon 150 Offiziere, unter ihnen mehrere Bataillonskommandeure. Wir erbeuteten sieben Geschütze, darunter mehrere schwere. Heftige Geschützkämpfe nordwestlich Reims und in der Champagne. Wir nahmen einen Stützpunkt westlich des Cornillet-Berges weg und wiesen nach lebhaftem Kampfe zwei Versuche gegen unsere Gräben in der Gegend der hohen Berge ab. Ein deutscher Handstreich auf Maisons de Champagne scheiterte gleichfalls. Von der übrigen Front ist kein wichtiges Vorkommnis zu melden.

Abends: Nordöstlich von Soissons vernichteten wir unsere gestrigen Erfolge und erweiterten durch Einzelkämpfe

Der Seekrieg.

Der verschärft U-Boot-Krieg.

Nach einer amtlichen Meldung sind im Kanal, in der Biscaya und Nordsee 11 Dampfer, 1 Segler und 1 Fischdampfer mit 31 000 Brutto-Register-Tonnen versenkt worden.

Die Kämpfe im Orient.

An der Kaukasusfront

räumten die Russen nach ihrem Heeresbericht die Städte Dognot und Musch; letztere Stadt wurde von den Türken besetzt.

Allerlei Kriegsnachrichten.

„Schurkenreiche“ Gefangener.

In regelmäßigen Zwischenräumen gehen durch die bürgerliche Presse Mitteilungen von irgendwelchen Missetaten Gefangener. Wir legen nie Gewicht darauf, weil wir wissen, daß solche Mitteilungen meist von chauvinistischer Seite ausgehen, denen es nicht paßt, daß sich die Gefangenen verhältnismäßig frei und als Menschen bewegen können. Mit solchen Mitteilungen soll nur bezweckt werden, die Ausländer als Gefangene im verwegeneren Sinne des Wortes zu behandeln. So war es auch mit einer Nachricht der „Lübecker Anzeigen“, daß bei einem Gutsbesitzer in Oberlöbda bei Altenburg ein dort beschlagnahmter gefangener Franzose es fertig gebracht hat, von etwa 25 Pfund Saatkartoffeln die Keime zu vernichten. Angefügt war der Meldung: „Demnach bewahrheitet sich die briefliche Mitteilung aus der Heimat der Gefangenen, alles zu vernichten, was zur Ernährung unseres Volkes dient. Also Vorsicht, Landwirte! Der freche Täter wird seiner Strafe für den Frevel nicht entgehen.“ Ueber diesen Fall schreibt unser Altenburger Brudersblatt in seiner Sonnabendnummer:

„Erfahrungen bei anderen Fällen — wir erinnern nur an die Vergiftung von Tieren — veranlassen uns, die Sache zu übergehen. Dabei leitete uns die bestimmte Erwartung, daß doch eines Tages eine Richtigsstellung kommen werde, allerdings erst dann, wenn die Notig ihre Wirkung getan habe. Darin sind wir nicht betrogen worden. In auswärtigen Blättern steht nämlich zu lesen: „Nunmehr muß die „Altenburger Landeszeitung“ berichten: „Unsere Meldung über das absichtliche Unbrauchbarmachen von Kartoffelsaatgut durch einen französischen Kriegsgefangenen hat dem Landratsamt Veranlassung gegeben, eine Untersuchung vorzunehmen. Als Ergebnis dieser Untersuchung wird uns mitgeteilt, die von uns gebrachte Meldung sei unwahr. Wir bemerken demgegenüber, daß uns die betreffenden sehr genauen Angaben von dem gegenwärtig als Unteroffizier dienenden Schwiegersohn des Herrn Gemeindevorsteher Kipping in Oberlöbda, bei dem der Fall vorgekommen sein soll, gemacht worden sind. Herr Gemeindevorsteher Kipping erklärt uns auf telephonischen Anruf, daß er keine Beweise für die Tat des Gefangenen habe. Seine Knechte, die den Franzosen beschuldigten, konnten die beschuldigten Kartoffeln nicht vorweisen, und der Kriegsgefangene sei nicht wegen dieser Unschuldigung abkommandiert worden, sondern weil er mit dem Essen nie zufrieden war. Durch diese Mitteilung wird die Angelegenheit nicht vollständig geklärt: die Möglichkeit, daß der Kriegsgefangene zu Unrecht beschuldigt worden ist, liegt vor.“

Die Nachricht ist durch die ganze bürgerliche Presse des Reiches gelaufen. Das Dementi sucht man vergeblich.

Der Verfassungsausschuß.

Der Ausschuss wandte sich am Sonnabend zunächst der Beratung des Antrages der bürgerlichen Parteien zu:

„Während der Dauer eines Krieges gilt der Reichstag als ununterbrochen versammelt.“

Vor Eintritt in diese Beratung wurde beschlossen, alle Anträge, die sich auf die Rechte der Reichstagsabgeordneten beziehen, einer Subkommission zu überweisen.

Abg. Müller-Reiningen begründete dann den obigen Antrag. Während eines Krieges, in dem Deutschland verwickelt ist, darf der Reichstag nur auf Grund eigener Entschließung vertagt werden. Nur auf diese Weise wird der erforderliche notwendige Zusammenhang zwischen Regierung und Parlament gewahrt.

Ministerialdirektor Lewald bestritt die Notwendigkeit dieser Aenderung und wirft die Frage auf, ob damit auch eine Auflösung des Reichstages ausgeschlossen sein soll. Keine Verfassung der Welt kenne eine solche Bestimmung. — Abg. Dr. David (Soz.): Die permanente Tagung des Parlaments während eines Krieges ist eine unabsehbare Notwendigkeit. Bei Kriegsausbruch hat der Reichstag dem Bundesrat weitgehende Vollmachten übertragen. Ein zweites Mal würde er es, nach den gemachten Erfahrungen, bestimmt nicht wieder tun, sondern mindestens Liebermanns-Ausschüsse einsetzen. Bei einem Kriegsausbruch muß das Parlament schon wegen Bewilligung der erforderlichen Kredite herufen werden. Die Bedenken Lewalds wegen einer Auflösung des Reichstages sind schon deshalb hinfällig, weil während eines Krieges die Vornahme von Neuwahlen nicht nötig ist. Eine Auflösung wäre im äußersten Notfall nur unter Zustimmung des Reichstages denkbar. In diesen Zeiten dürfte man sich vor einem Eingriff in die Rechte des Reichstages nicht zurückziehen.

— Abg. Graf Westarp: Man scheine sich um die bestehende Verfassung gar nicht mehr kümmern zu wollen. Ganz offenbar will man mit diesem Antrage nur dem Reichstag einen bestimmten Einfluß auf die Exekutive verschaffen.

Abg. Großher: Die Erfahrung hat gezeigt, daß der Reichstag bei Kriegsausbruch einberufen werden muß, und es ist durchaus berechtigt, daß er solange der Krieg dauert, nicht aufgelöst wird. In parlamentarisch regierten Ländern ist eine Bestimmung, wie sie hier vorgeschlagen wird, nicht nötig, weil dort die Macht im Parlament selbst liegt. Die Frage der Auflösung scheidet hier aus, es soll nur verhütet werden, daß der Reichstag während der Dauer eines Krieges geschlossen und damit ausgeschaltet wird.

Ministerialdirektor Lewald wirft die Frage auf, was geschehen soll, wenn ein Krieg zwischen dem Schluß des Reichstages und einer Neuwahl ausbricht. In diesem Falle muß die Regierung aus eigener Entschließung handeln.

Abg. Ledebour ist mit dem Prinzip des Antrages einverstanden, die Formulierung bedarf aber einer gründlichen Ueberlegung. Die Hauptschwierigkeit ist, daß wir kein parlamentarisches System haben. In anderen Ländern ist die Regierung der vollstehende Ausschluß des Parlaments. Bei uns aber behandelt die Regierung den Reichstag wie eine feindliche Macht.

Abg. Müller-Reiningen: Man kann nicht für alle eventuellen Fälle Vorkehrungen treffen. Das Ausfallrecht des Reichstages bleibt bestehen, praktisch kann es aber wohl kaum angewendet werden. Hauptache ist, daß der Reichstag nicht ohne seinen Willen ausgeschaltet werden kann.

Abg. Kretsch (Konj.): Die Konservativen haben keinen Einfluß auf die Regierung. Sie erstreben nur, daß die Regierung in ihrem Sinne handelt. (Auf ersten Zwischenruf: Kanakrebell, bemerkte der Redner unter lärmlicher Heiterkeit, das sei das erste Mal).

Handlungen das eroberte Gelände. Wir eroberten mehrere wichtige Stützpunkte nördlich der Mühle von Laffaux und nördlich Brage en Lorraine. Der Artilleriekampf war heftig in der ganzen Gegend von Chemin des Dames, wo die Deutschen von neuem während des Tages starke Gegenangriffe auf unsere Stellungen bei der Ferme von Froimont, auf die Hochebene von Baucelers und im Abschnitt von Craenne richteten. Wir hielten überall unsere Gewinne und schlugen den Feind mit starken Verlusten zurück. Im Laufe eines dieser Angriffe flutete unter unserem Feuer ein unter unser Feuer gekommenes deutsches Bataillon in Unordnung zurück und ließ auf dem Gelände einen großen Teil seines Bestandes. Die Zahl der bisher gemachten Gefangenen beträgt augenblicklich 6100. Ein einziges unserer Marinekorps machte bei Brage en Lorraine 1800 Gefangene und nahm auf einer 4 Kilometer breiten Front die ganze Stützlinie. Auf der übrigen Front zeitweilig aussehende Artillerietätigkeit.

Englischer Heeresbericht vom 6. Mai, nachmittags: Der Versuch des Feindes, sich östlich Le Verdier, wo er gestern zum Zurückgehen gezwungen war, wieder festzusetzen, blieb erfolglos. Wir führten auf einer Front von etwa anderthalb Meilen einen erfolgreichen Ueberfall aus. Gestern nacht und heute früh unternahm der Feind ergebnislose Angriffe gegen unsere Stellungen an der Hindenburg-Linie östlich Bullecourt.

Abends: Spätere Meldungen zeigen, daß die feindlichen Angriffe gegen unsere Truppen in der Hindenburglinie östlich Bullecourt besonders schwer waren. Beträchtliche feindliche Kräfte wurden in dieser Gegend ins Gesicht geführt und nach heftigem Handgemenge jedesmal unter schweren Verlusten zurückgeschlagen. Der Feind unternahm zwei entschlossene Gegenangriffe früh am heutigen Morgen, um zu versuchen, den Abschnitt seiner Frontlinie südlich des Souchez-Flusses, den wir gestern abend erobert hatten, wiederzugewinnen. Der Feind wurde beide Male vollständig zurückgeschlagen. Eine feindliche Gruppe versuchte heute, sich einem unserer Posten südlich von Avesville zu nähern, wurde aber zurückgewiesen. Einer anderen feindlichen Gruppe gelang es, unsere Gräben westlich Hukuch in der Nacht zu erreichen; sie wurde aber unter Verlusten hinausgetrieben. Wir hatten keine Verluste. In der letzten Nacht führten wir südlich von Loos einen erfolgreichen Angriff durch. Während des Tages gab es auf beiden Seiten beträchtliche Artillerietätigkeit nördlich des Scarpe-Flusses.

Ein Luftkampf spielte sich gestern zwischen sechs britischen und 15 bis 20 deutschen Flugzeugen, die in mehreren Abteilungen angriffen, ab. Es gelang dem Feinde, die Formation unseres Luftgeschwaders aufzubrechen, aber unsere Flugzeuge fuhren fort, einander zu unterstützen und brachten ein deutsches Flugzeug gerade innerhalb unserer Linien herab. Zwei weitere feindliche Flugzeuge wurden heruntergeholt und beim Aufschlag auf den Boden hinter den feindlichen Linien besaßen. Noch zwei feindliche Flugzeuge wurden zum Niedergehen außerhalb unserer Sicht gezwungen. Alle unsere sechs Flugzeuge sind wohlbehalten zurückgekehrt, obwohl sie viel beschossen waren. Im ganzen wurden gestern vier deutsche Flugzeuge heruntergeholt und fünf weitere zum Niedergehen außerhalb unserer Sicht gezwungen. Zwei feindliche Flugzeuge wurden außerdem durch Flugabwehrfeuer abgeköhnt. Zwei unserer Flugzeuge werden vermisst.

Der Sieg der Arbeiter.

Die russische Arbeiterklasse hat über die völlig unter dem Einfluß des Amerikanischen Militarismus stehende provisorische Regierung einen Sieg errungen, indem sie diese zwang, ihre an die Mächte gerichtete Note in so kompromittieren, daß sie ihren imperialistischen Kern verloren hat. In einer von der Petersburger Telegrammen-Agentur veröffentlichten Mitteilung des Arbeiter- und Soldatenrats wird eine Darstellung der Vorgänge gegeben, die uns der Wiedergabe weiterer, anscheinend überreicher privater Meldungen aus Stockholm und Kopenhagen enthält. Die Mitteilung lautet:

Die Note des Ministers des Äußeren vom 1. Mai, die am 3. Mai veröffentlicht wurde, und als Erklärung der einseitigen Regierung zur Übermittlung an die alliierten Regierungen beigegeben wurde, fand bei dem Vorgesetzten der Arbeiter- und Soldatenrats Mißbilligung, und bei der Demokratie lebhaften Widerspruch, der sich in den Versammlungen in Massenkundgebungen äußerte. Oberwärts erregten sich auch die bürgerlichen Kreise und erhoben gegen die erwähnten Kundgebungen der Arbeiter und Soldaten Einspruch. Am folgenden Tage gewann die Bewegung in Kaschau Boden. In der Nacht zum 4. Mai wurde eine gemeinsame Sitzung des Vorgesetzten der Arbeiter und Soldaten und der Regierung des Dumaanschlusses abgehalten. Am 4. Mai teilte die einseitige Regierung dem Vorgesetzten der Arbeiter- und Soldatenrats an die Vertreter der alliierten Mächte mit, die am 5. Mai veröffentlicht und worin erklärt wurde, daß für die Regierung in einem entscheidenden Siege der Verzicht Englands auf Landgewinn und auf die Beschlagnahme der Güter von Staatsangehörigen anderer Völker und ebenso der Verzicht auf jede Ausdehnung der Macht Rußlands auf Kosten anderer Staaten inbegriffen ist. Angesichts dieser ergänzenden Note nahm der Arbeiter- und Soldatenrat folgende, vom Vorgesetzten zustimmend vorgeschlagene Entschlossenheit an:

Der Rat der Arbeiter- und Soldatenrats beglückwünscht die Revolutionäre der Demokratie Petersburgs, lebhaften Aufmerksamkeit gegenüber der Frage der ägyptischen Politik bezogen und ihre Meinung, daß diese Politik in imperialistischer Sehner des alten Regimes abweisen könnte. Tatsächlich gab die Note des Ministers des Äußeren vom 18. April begründeten Anlaß zu der erwähnten Meinung. Die einseitige Regierung hat, was der Vorgesetzten der Arbeiter- und Soldatenrats schon lange forderte, ihre Übermittlung den alliierten Regierungen den Wortlaut ihrer Erklärung vom 27. März über den Verzicht auf Eroberungspolitik. Dadurch zeigt die Regierung die alliierten Staaten in die Notwendigkeit, sich vor ihren Demagogen und vor der ganzen Welt über die Eroberungen und Kriegsspiele im allgemeinen auszusprechen. Sondern begleitet die Note des Ministers des Äußeren die Erklärung vom 27. März, die an die Regierungen der Alliierten gerichtet war, mit der Erklärung, daß man jetzt als Versuch zur Abwändung der wirklichen Bedeutung des Schrittes anzusehen konnte. Die Ansichten und Forderungen der Note, die der Sprecher der Diplomaten des alten Regimes entnommen und dem Volke unterbreitet waren, waren damit, daß sie die berechtigten Sorgen abwenden. Die einseitige Regierung habe tat-

sächlich die Absicht, sich auf dem Gebiet der internationalen Beziehungen von dem Wege des Verzichtes auf Eroberungspolitik, den sie am 27. März ausgesprochen hatte, zu entfernen. Der einmütige Widerspruch der Arbeiter und Soldaten in Petersburg zeigte der einseitigen Regierung und allen Völkern der Welt, daß die revolutionäre Demokratie Rußlands niemals dazwischen willigen wird, daß die äußere Politik in die Bahnen des Zaris-mus geführt werde, und daß ihre Anstrengung ein unerbittlicher Kampf um den Weltfrieden ist und sein wird. Die neuen Erklärungen der einseitigen Regierung, die durch diesen Widerspruch veranlaßt, zur öffentlichen Kenntnis gebracht und vom Minister des Äußeren den Vertretern der alliierten Mächte mitgeteilt worden sind, machen jeder Auslegung der Note in einem den Interessen und Forderungen der revolutionären Demokratie zumiderlaufenden Sinne ein Ende. Die Tatsache, daß der erste Schritt getan ist, die Frage des Verzichtes auf Eroberungspolitik zur internationalen Erörterung zu stellen, muß als ein bedeutender Sieg der Demokratie angesehen werden. Der Arbeiter- und Soldatenrat erklärt seinen unerschütterlichen Entschluß, künftig auf dem Wege des Kampfes für den Frieden zu bleiben, und fordert die ganze revolutionäre Demokratie auf, sich noch enger an den Rat zu schließen. Die Arbeiter- und Soldatenabgeordneten werden den Widerstand der Regierung brechen und sie zwingen, die Friedensbesprechungen auf der Grundlage des Verzichtes auf Annexionen und Entschädigungen einzuleiten.

(gez.) Skobelew.

Vom Tage.

Daß der verschärft U-Boot-Krieg sich in England sehr fühlbar macht, kann man auch jenseits des Kanals nicht mehr absehen. Man ist sich über diese Erkenntnis mit mehr oder weniger Hoffnung hinweg. Das Unangenehme ist nur, daß sie nicht von allen geteilt werden. So entwirft der „Manchester Guardian“ folgendes Bild von der durch die deutsche U-Boote geschaffenen Lage: „Die von der Admiralität veröffentlichten Zahlen teilen mit, daß in der letzten Woche 52 britische Schiffe durch U-Boote vernichtet wurden, während 5206 Schiffe antanen oder abfuhren. Wenn wir die Verluste mit der Zahl der Wochen im Jahre multiplizieren, so wie es wahrscheinlich die meisten Leute tun, so ergibt sich eine Ziffer, die besagt, daß wir im Laufe eines Jahres die Hälfte der britischen und neutralen Schiffe, die unsere Häfen bedienen, verlieren würden. Eine andere Berechnung lautet so: Gewöhnlich verlieren wir 26 Schiffe in jeder Woche; das macht bei niedrigster Berechnung 100 000 bis 500 000 Tonnen monatlich. Falls sich die Verluste, wie in der letzten Woche, verdoppeln, wird 800 000 bis 1 Million Tonnen im Monat zerstört werden. Nach diesen Ziffern würden am Ende des Jahres nur noch sehr wenige britische Handelsschiffe schwimmen, soweit wir nämlich die Verluste durch Neubauten nicht ersetzen. Zurzeit können wir 1 Million Tonnen im Jahre bauen. Wir wollen selbst 2 Millionen Tonnen annehmen und nur mit einem Verlust von 26 Schiffen wünschentlich rechnen, um die Lage so günstig wie nur irgend möglich zu sehen. Auch dann kommen wir zu dem Ergebnis, daß der Feind die Hälfte des britischen Schiffsraumes in 12 Monaten vernichtet. Dieser Ausblick ist wirklich aufregend, und dabei ist er noch zu unsern Gunsten beschönigt. Wir können der Regierung keinen Mangel an Energie in diesem Kriege vorwerfen, aber es ist zweifelhaft, ob die Energie auf den wirklich entscheidenden Punkt des Krieges gerichtet ist. Es ist zwecklos, zu Lande zu siegen, wenn wir auf der See nicht gewinnen oder gar verlieren. Unsere Siege würden in diesem Falle den gewaltigen Umfang unserer Niederlage nur vergrößern.“

In einem feierlichen Aufruf des englischen Königs ermahnt dieser zur größten Sparsamkeit und Enthaltbarkeit bezüglich jeder Art Konsumtion. Der Aufruf soll an den nächsten vier Sonntagen von allen Kanzeln verlesen werden. Ob er etwas nützen wird, möchten wir stark bezweifeln.

Daß der Friedenswille immer weiter um sich greift, dafür liefert u. a. auch die Kaiserzeit in Mailand ein weiteres Beispiel. Trazzi, der als Referent erschienen war, wurde wiederholt lärmlich unterbrochen, als er vor jeder öffentlichen Kundgebung gegen den Krieg warnte, weil jeder Demonstrationsoberhaupt im Auslande als Revolution dargestellt werde und das Vaterland schwer schädige. Eine gewaltige Aufregung bemächtigte sich der durch Zwischenrufe protestierenden Versammlung, jedoch sie angehoben werden mußte. Bezeichnend ist, daß zwei bürgerliche Mailänder Blätter melden, am 4. Mai hätten die ganz unbedeutenden Heinen Demonstrationen ihr Ende erreicht. Es ist also trotz Trazzi's Warnung zu Demonstrationen in Mailand gekommen und daß sie nicht ganz unbedeutend gewesen sind, läßt sich daraus schlußfolgern, daß sie 4 Tage andauerten.

Der „Reit Parisien“ kamen gestern in Paris Abgeordnete von 90 in Frankreich bestehenden sozialistischen Verbänden zusammen, um die Haltung auf dem Nationalkongreß der sozialistischen Partei am 27. Mai festzulegen, wo die Beteiligung der Partei an der Zusammenkunft in Stockholm erörtert werden soll. Den Vorsitz führte der Abg. Deguise, der erklärte, es sei notwendig, für die Kriegsober Schadloshaltung zu erstreben. Der Führer der Minderheit, der Abg. Longuet, las ein Telegramm Brandings vor, nach welchem die Zusammenkunft in Stockholm auf den 10. Juni verschoben wird. Longuet erklärte, man müsse die Spaltung der sozialistischen Partei und die russische Revolution als neue Tatsachen betrachten, die die Wiederannahme der internationalen Beziehungen ermöglichen. Die Minderheit werde diesen Standpunkt auf dem nächsten Nationalkongreß anzuhalten. Sodann wurden verschiedene Zuschriften verlesen, die die Fortschritte der Minderheitsbewegung in der Provinz, in Belgien und den Kampf ausdrücken, daß das Internationale sozialistische Bureau unverzüglich einberufen werde.

Von den Kriegsschauplätzen.

Die Kriegslage.

1916. Wien, 7. Mai (Anstich.)

Östlicher Kriegsschauplatz.

Bei gänzlicher Dürre war gestern die beiderseitige Heeresfronten sehr reg. In Ostgalizien wurden zwei feindliche Flugzeuge abgeschossen.

Italienischer und jüdischer Kriegsschauplatz.

Keine besonderen Ereignisse.

In seinem Leben gewesen, daß er mit dem Wasser Bekanntschaft gemacht habe.) Die Kriegstreiber waren stets in demokratischen Ländern zu finden.

Abg. Bruhn (Dt. Fr.) erklärt für seine Fraktion die Zustimmung. — Abg. Schäffer (Natl.): Die Stellung der Konservativen zur Regierung hat mit diesem Antrage nichts zu tun; es soll nicht hergestellt werden, was ist. — Abg. Gräfe (Natl.): Wie soll es gehalten werden, wenn in Ostafrika ein Krieg ausbricht? Soll dann der Reichstag auch für die Dauer des Krieges verammelt bleiben? — Abg. Fehrenbach (Zentr.): Umwälzungs-Gebanten sind in den Anträgen nicht enthalten. — Abg. Fahnmann (Fr. Vpt.): Bei einem Kolonialkriege wäre der Reichstag selbstverständlich mit seiner Vertagung einverstanden. — Abg. Kretsch (Natl.) behauptet, daß die Konservativen dem Kaiser das Recht zur Osterbotschaft nicht bestreiten. Man verfehlt durch dieses Gesetz nur die ganze Taktik eines Knopfs nach dem anderen, aber immer mehr nach links.

Der Antrag wird schließlich in folgender Form angenommen: Während der Dauer eines vom Deutschen Reich geführten Krieges bedarf es zur Schließung oder Vertagung des Reichstages in allen Fällen seiner Zustimmung.

Die Kommission wandte sich dann der Beratung folgender Anträge zu:

1. im Artikel 53

a. den Absatz 1 wie folgt zu fassen: Die Kriegsmarine steht unter dem Oberbefehl des Kaisers. Die Organisation und Zusammensetzung liegt dem Kaiser ob. Der Kaiser ernannt die Offiziere und Beamten der Marine unter Gegenzeichnung des Reichskanzlers oder des Staatssekretärs im Reichsmarineamt als seines Stellvertreters. Die Offiziere, Beamten und Mannschaften der Marine werden auf den Kaiser eidlich in Pflicht genommen.

b. den Absatz 2 wie folgt zu fassen: Für die Verwaltung der Kriegsmarine ist der Reichskanzler und, soweit er gegengezeichnet hat, der Staatssekretär der Kriegsmarine dem Bundesrat und dem Reichstage verantwortlich.

2. Hinter Artikel 66 folgenden Artikel 66a einzufügen: Artikel 66a.

Die Ernennung der Offiziere und Militärbeamten eines Kontingents erfolgt unter Gegenzeichnung des Kriegsministers des Kontingents. Die Kriegsminister, mit Ausnahme des bayerischen, sind dem Bundesrat und dem Reichstage für die Verwaltung ihres Kontingents verantwortlich.

Vor Eintritt in die Beratung wurde festgestellt, daß die Vertreter der Heeres- und Marineverwaltung, obwohl eingeladen, nicht erschienen waren.

Ministerialdirektor Lewald erklärt, daß der Bundesrat zu allen Beschlüssen des Reichstages ernste Stellung nimmt. Bei den Beratungen des Ausschusses können aber die einzelnen Bundesratsvertreter nicht selbständig für sich Stellung nehmen. — Graf Westarp: Es wäre richtig gewesen, daß der Kanzler, wenn er ein führender Staatsmann sein wollte, sich von vornherein scharf gegen die Untergrabung der Verfassung gewendet hätte. — Abg. Gräber (Zentr.) bezeichnet das Fernbleiben der maßgebenden Kreise als charakteristisch für die Einschätzung des Reichstages. — Abg. Schäffer (Natl.) schließt sich dem an, mit der Bemerkung, daß man auf diese Weise der Monarchie recht schlechte Dienste leistet. — Dr. David (Soz.): Daß die Konservativen und die Regierungsvertreter durch die Arbeiten des Verfassungsausschusses mit Mißbehagen erfüllt werden, weiß man; sie haben aber nichts gelernt und nichts vergessen. Dieses Verfahren muß das Gegenteil der beabsichtigten Wirkung erzielen. Die beste Antwort auf dieses Verfahren ist, rasche und gründliche Arbeit zu leisten.

Unterstaatssekretär Wahnschaffe betont, daß es sich hier um Fragen von der allergrößten Bedeutung handele und daß gerade deswegen der Reichskanzler an der bewährten jahrzehntelangen Regelung festhalten müsse, nach der die Reichsleitung in Initiativangelegenheiten dem Reichstage nicht Stellung nehmen ohne gründlichste Prüfung und ohne Beschlußfassung der verbündeten Regierungen.

Abg. Ledebour betont, der Reichskanzler hätte eigentlich die Pflicht, hier zu sein.

Es wird nunmehr in die sachliche Beratung eingetreten. Abg. Müller-Meinungen: Wir wollen eine zweimächtige Kriegsführung der Heeres- und Marineverwaltung. Neu ist bei den Vorschlägen nur, daß die Stellung des Kanzlers gegenüber dem Militär- und Marinekabinett scharf abgegrenzt werden soll. Es handelt sich dabei auch um eine schärfere Kontrolle in der Verwendung der Gelder. In Bayern, Sachsen und Württemberg erfolgt bei Ernennung von Offizieren die Gegenzeichnung durch den Kriegsminister. Wir wollen das auch für Preußen. Die Einrede des Eingriffs in die Kommandogewalt zieht in diesem Falle nicht. Gegenüber dem Militärkabinett, das heute die wichtigste militärische Stellung einnimmt, die jedoch staatsrechtlich in keiner Weise begründet ist, muß volle Klarheit geschaffen werden. In der Armee sind die Gegner des Militärkabinetts überaus zahlreich, es ist geradezu der Schrecken des Offizierkorps. Der Kriegsminister ist eigentlich nur der militärische Prügelknabe für das Militärkabinett, das ihm nicht untersteht. Künftig muß deshalb diese untergeordnete Stelle dem Kriegsministerium unterstellt werden. Mit der Annahme des Antrages unterstützen auch die Kriegsminister für Sachsen und Württemberg in ihren Amtshandlungen der Kontrolle durch den Reichstag. Von der Umgestaltung der Armee in ein Volkshaus ist damit keine Rede. — Abg. Westarp ist gegen die Anträge. Besser wäre es gewesen, man hätte erst die Frage der Umgestaltung des Wahlrechts verhandelt. Für eine Veränderung in der Zusammensetzung des Offizierkorps besteht kein Anlaß, sie bedeutet vielmehr einen Schlag ins Gesicht des Offizierkorps. Der Plan geht dahin, die historischen Rechte des Königs vor Preußen, die Offiziere zu ernennen, zu beseitigen. Dieser Weg führt zum Parlamentarismus. Die Folge wäre die Untergrabung der Disziplin im Heer und Marine. — Ministerialdirektor Lewald erwidert aus dem Hause weitere Erläuterungen über die Anträge wegen der Gegenzeichnung bei der Ernennung von Offizieren. Die Uebernahme einer politischen Verantwortlichkeit für die Ernennung gegenüber dem Reichstage bedeute einen vollständigen Bruch mit der historischen Entwicklung des preussischen Heeres. Ergänzend wolle er betonen, daß eine unmittelbare Verantwortlichkeit des preussischen, bayerischen und sächsischen Kriegsministers gegenüber dem Reichstage durch die Konstruktion des Stellvertretungsgesetzes ausgeschlossen sei. — Abg. Ledebour: Praktisch werde durch Annahme der Anträge an der Verfassung der Armee wenig geändert. Wesentlich sei höchstens, daß der Einfluß des Militärkabinetts ausgeschaltet werde. — Abg. Kretsch behauptet, daß der jetzige Zustand der einzig mögliche sei. Die Ernennung der Offiziere darf nicht der Kritik des Reichstages unterstellt werden. — Abg. Gräber bezeichnet es als maßlose Uebertreibung, von einem Parlamentarismus zu sprechen, weil die Ernennung von einer verantwortlichen Stelle gegengezeichnet wird. Mit der leeren Fiktion der Verantwortlichkeit müsse man aufhören und dafür eine wirkliche Verantwortlichkeit schaffen; das sei der Zweck des Antrages. — Abg. v. Gräfe (Natl.): Sobald der Reichstag in die Ernennung von Offizieren hineinreden kann, kommt man zum Parlamentarismus. — Ministerialdirektor Lewald will noch Material zur Vertiefung herbringen, ehe zur Abstimmung geschritten wird. Die Kommando- bezüge könne nur dem Kaiser, die andere verwaltschaftliche, finanzielle als unter dem Reichskanzler stehende, dem Reichstage verantwortliche sein. Würde der Chef der Kommandobehörde sich mit den letzteren Fragen beschäftigen, dann würde er seine Hauptaufgabe vernachlässigen.

Bei der Abstimmung werden die oben wieder-gegebenen Anträge gegen die konservativen Stimmen angenommen.

Der

„Lübecker Volksbote“

ist das
volkstümlichste Blatt Lübecks
und der Umgegend.

Er erläutert die Kriegereignisse in streng wahrheitsgemäßer, für den einfachen Mann verständlicher Art!
Er scheidet alle Sensationsnachrichten aus und macht unverzügliche Nachrichten als solche kenntlich!
Er kämpft gegen den Wucher und die Preissteigerung unserer Lebensmittel und Gebrauchsartikel!
Er tritt für eine ausdehnende und gerechte Kriegsführung ein!
Er vertritt die Kriegerfamilien in allen Fragen der Unterstützung und Versorgung!
Er spricht gegen den Völkerverhaß und bahnt einen friedlichen Verständigungsweg!
Er wird in vielen Exemplaren von den Soldaten im Felde gelesen und täglich aufs neue von ihnen verlangt!
Der „Lübecker Volksbote“ vertritt die Interessen der Wertvollen aller Berufe und Stände in dem Rahmen, den die verfassungsmäßigen Gesetze zulassen!

Man überzeuge sich durch ständiges Lesen
des „Lübecker Volksboten“!

Jeder Arbeiter, jeder Bürger, jeder Beamte
hat das Recht, den „Volksboten“ zu lesen und
wird ihn bald nicht mehr entbehren wollen.

Einzelnummer 10 Pfg. Monatlich ins Haus 80 Pfg.

Die Fleischversorgung vor dem Reichstagsauschuß.

v. Batocki bespricht eingehend die Frage, ob nach dem 15. August die Fleischration aufrechtzuerhalten ist. Es müsse schon jetzt in die Bestände des Milchviehes eingegriffen werden. Wir haben zu viel Schweine gehalten, es wäre vielleicht richtig gewesen, die Schweine früher abzuschlachten. Man sollte aber die Entscheidung über die Frage der Abschachtung nach dem 15. August hinausschieben, da erst nach der nächsten Zählung vom 1. Juni eine bessere Uebersicht möglich ist. — Ein Vertreter der Reichsfleischstelle behandelt die Frage, ob die in der Schlachtung nicht angegebene Zahl der Schweine, die Abg. Hoff auf 5 1/2 Millionen Stück für die Zeit vom 1. September 1916 bis 1. März 1917 berechnet, tatsächlich in Hausfleischungen, die nicht angemeldet waren, verschunden sind. Bei der Berechnung habe das Eingehen durch Seuchen nicht Berücksichtigung gefunden. — Abg. Hoff: Die ganzen Schwierigkeiten der Ernährung sind im wesentlichen auf die unweidmässige Bewirtschaftung der Viehbestände zurückzuführen. Wir hätten mit der deutschen Ernte unser Volk ernähren können, wenn wir zur Reduzierung unserer Viehbestände gekommen wären. Volkswirtschaftlich ist es unnützig dem Volke Entbehrungen aufzuerlegen, während sich das Rindvieh um 1 400 000 Stück vermehrt hat. Redner bespricht eingehend das Ergebnis der Schweinefleischungen. Er kommt zu dem Resultat, daß die Einwände der Reichsfleischstelle ganz unhaltbar sind. Selbst wenn man 1/2 Million Schweine an Seuchen eingehen läßt, bleiben noch fünf Millionen übrig, die nicht für die Schlachtung angemeldet sind. Es war ein Fehler, daß nicht im Herbst mehr Rinder abgeschlachtet wurden. — Abg. Held (natl.) vertritt den Standpunkt, daß, soweit der Landwirt das Vieh durch Weiden und Raufutter durchhalten kann, keine Hindernisse bereitet werden, soviel aufzuziehen, als möglich ist. — Den gleichen Standpunkt vertritt Schiele (f.)

Abg. Schmidt-Berlin (Soz.): Unsere Viehhaltung muß so gestellt werden, daß pflanzliche Nahrungsmittel, die für die menschliche Nahrung gebraucht werden, nicht zu Futtermitteln Verwendung finden. Wir haben auf die Gefahren hingewiesen, die durch die Verpflüchtung von Gerste und Roggen eintreten, und haben die Fabrikation von Nahrungsmitteln empfohlen. Wenn das erreicht werden sollte, so müßte die Viehhaltung herabgesetzt werden. Der ganze Jammer unserer Ernährungspolitik tritt uns entgegen, wenn wir feststellen können, daß 5 Millionen Schweine nicht zur Schlachtung angemeldet sind. Wo sind diese Fleischbestände geblieben? Sie sind zu einem Teil von Wohlhabenden im Schleißhandel aufgekauft worden. Es gibt sehr viele Leute, die heute noch so üppig leben wie im Frieden; es gibt Familien, die ein ganzes Warenlager aufsummieren. Daraus resultiert auch die erbitterte Stimmung der Arbeiter, die der Meinung sind, daß nur die den Einschränkungen unterworfen werden.

Politische Rundschau.

Deutschland.
Der Bundesratsauschuß für auswärtige Angelegenheiten tritt heute in Berlin zusammen.

Die Beantwortung der Kriegszielinterpellationen.
Der Bundesratsauschuß für auswärtige Angelegenheiten wird vermutlich kommenden Dienstag zu einer Sitzung zusammentreten, und man nimmt an, daß sich der Ausschuß bei dieser Gelegenheit auch mit der Beantwortung der im Reichstag eingebrachten Kriegszielinterpellationen befassen wird. Die „Berliner Neuest. Nachr.“ hören, daß der Reichskanzler die Beantwortung auf zwei Wochen hinauszuschieben gedenke. Sollte diese Absicht wirklich bestehen, dann könnte der Plan, die Arbeiten des Reichstages noch vor Himmelfahrt abzuschließen, natürlich nicht eingehalten werden.

Aus Lübeck und den Umgebungen.

Dienstag, 8. Mai.

Nicht nur im Traum.
Von Walter Britting (im Felde).
Nicht nur im Traum —
Am hellen Tage oft.
Geh' ich die alte Straße wieder nieder.
Dort unser Haus!
Und plötzlich, unverhofft,
Begegn' ich dir,
dir und den Kindern wieder...

Wie sag die Hand dir um die Stirne strich:
„Du Liebling, du?“
Ein Stammeln und Erblassen...
Doch dann: wie jäh der jäh Zweifel wich!
Und alles Glück
umfängt und tettet mich
Und will mich nimmer, nimmer,
nimmer lassen...

Ist draußen Krieg?
Ward Friede überm Land?
O fremde Erde, fragst du noch
uns beide?
Frag' andere, die dir inniger verwandt.
Was weiß die Liebe, die sich wiederfand,
Von deiner Luft
und deinem letzten Leide! —

Eine Granate birst
im nahen Feld...
Und wieder steh' ich mitten im Gebrause
Des großen Krieges!
Wie sein Wiederkunft gest!
Wie er mit tauend Haßen uns umstellt —
Und einmal — einmal —
sind wir doch zu Hause!
Aus dem „Kärmer“.

Die deutschen Eroberungspolitik, denen ein baldiger Frieden auf dem Wege der Verständigung ein Greuel ist, machen sich in den letzten Wochen wieder recht breit, und die bürgerliche Presse, auch diejenige in Lübeck, stellt ihnen für ihre den Feinden Deutschlands zur Aufpeitschung des Kriegswillens der Ententesöcker willkommenen Auslassungen das Papier zur Verfügung. Wer sich noch einen klaren Blick für die tatsächlichen Verhältnisse und die gegebenen Möglichkeiten bewahrt hat, der wird die Deklamationen der Anexionisten zwar in keiner Weise ernst nehmen, aber doch mit dem Gefühl starken Ingrimm ihre unausbleiblichen Wirkungen auf das Ausland in Betracht ziehen. Die große Mehrheit des deutschen Volkes, dessen Blut an der Westfront wieder in Strömen fließt und das auch sonst schwer unter den Begleiterleistungen des Krieges leidet, hat mit dem Treiben jener Leute absolut nichts gemein; es will den baldigen Verständigungs-Frieden.

Da sich noch vor wenigen Monaten auch der Kaiser und Kanzler für einen auf dem Wege der Verständigung herbeigeführten Frieden ausgesprochen haben, und vor wenigen Tagen sowohl die österreichische und ungarische als auch die bulgarische und türkische Regierung den gleichen Standpunkt vertraten, so richtet sich der Vorstoß der Heimeroberer auch gegen diese. Darauf muß baldmöglichst eine klare Antwort erfolgen.

Wie stellt es mit der Wahlreform? Um die Aenderung des in Lübeck geltenden Klassenwahlrechts möglichst bald herbeizuführen, wurde auf Antrag von 48 Bürgerchaftsmitgliedern eine besondere Sitzung der Bürgerchaft anberaumt, die zu der Angelegenheit Stellung zu nehmen hatte. In dieser Sitzung, die am 30. April stattfand, wurde der Senat erucht, zu dem gewünschten Zwecke eine gemeinsame Kommission einzusetzen. Am 2. Mai beschloß sich der Bürgerchaftsrat mit der Sache, und wenn er es auch ablehnte, den unzweideutigen Beschluß der Bürgerchaft an den Senat weiter zu leiten, so beschloß er doch gleichfalls, den Senat um Einsetzung der von der Bürgerchaft gewünschten Kommission zu ersuchen, und zwar sollte das ungesäumt geschehen. Vom Senat war in der Bürgerchaft erklärt worden, daß er einer Wahlreform freundlich gegenüberstehe. Unter solchen Umständen müßte man eigentlich erwarten, daß die Bürgerchaft sich demnächst wieder damit beschäftigen werde. Zu kommenden Montag ist jedoch keine Sitzung angesetzt, und so vergehen wieder Wochen, ohne daß etwas geschieht. Es ist aber wirklich notwendig, daß ungesäumt gehandelt werde. Also: etwas mehr Dampf!

Die teuren Schuhwaren. Wer heute Schuhzeug kaufen will, bedarf dazu zunächst eines Beugungsheines. Der Ausschuß, bei dem dieser Schein abzugeben ist, stellt mit dem Antragsteller ein Examen über die Notwendigkeit der Anschaffung an. Wenn Zehntel der Bevölkerung sprechen aber gegenwärtig vor Neuanschaffungen zurück und suchen sie möglichst lange hinauszuschieben, weil die Preise enorm gestiegen sind und dazu die Kriegsware sehr viel zu wünschen übrig läßt.

Der Arbeiter, der heute für ein Paar Stiefel einen ganzen Wochenlohn ausgeben muß, fragt mit Recht, ob es zu solchen Preisen kommen mußte. Und eine einfache Ueberlegung sagt ihm, daß bei rechtzeitigem Vorgehen der Behörden die Schuhinteressenten nicht die großen Kriegsgewinne gemacht, aber auch nicht die Verbraucher eine solche Ueberbelastung erfahren hätten. Die Militärbehörden tragen an den Preissteigerungen insofern mit Schuld, als sie zum Zwecke der raschen Deduktion ihres Bedarfs für Schleder statt 2 bis 3 Mark das Kilo im Frieden 6, 8, 10 Mark bezahlten und ähnlich beim Oberleder verfahren. Sie für den Privatverbrauch freigelassenen leichtsten Lederarten schnitten dann im Preis im gleichen Verhältnis empor. Nicht minder die fertigen Schuhwaren, bei denen selbst alte, ausstrangierte Paare wieder ihren früheren Wert bekamen und über diesen hinaus verkauft werden konnten.

Wie zu spät, als die Interessenten das liebe Publikum bereits tüchtig gefahren hatten, kamen die Höchstpreise für Leder und fertige Schuhwaren. Man machte den Stall zu, nachdem die Kuh draußen war. Dann wurde eine Reihe mit großen Kosten arbeitender Kriegsliefergesellschaften gegründet. Was dieser umfangreiche Apparat kostet, wird auf die Produkte geschlagen und in letzten Endes vom Verbraucher zu zahlen.

Die zur Festsetzung von Höchstpreisen für Schuhe eingesetzte Gutachterkommission hat mit ihrer Arbeit mehr den Beifall der Schuhfabriken und des Schuhwarenhandels gefunden als die Zustimmung der Verbraucher. Vertreter der Konsumenten sind nicht zugezogen. Höchstpreise auch für die Bedarfsartikel festzusetzen, die außer dem Leder für die Herstellung von Schuhwaren erforderlich sind, ist unterlassen worden, und so konnten Schuhkörper, Pech, Pappe, Stifte, Nägel usw. unerhört hohe Preise erreichen, die immer noch steigen. Weiter aber sind Handelszuschläge von erschauender Höhe festgesetzt worden. Der Schuhfabrikant darf einen Aufschlag von 6 Prozent nehmen. Für den Handel aber sind die Schuhwaren in drei Gruppen eingeteilt, wobei der Handelsgewinn bei Gruppe 1 33, bei Gruppe 2 39 und bei Gruppe 3 gar 49 Prozent ausmacht.

Solche Zuschläge sind im Frieden unmöglich gewesen. Jetzt aber gehen sie rechtlichen Schuh. Wurde vor dem Krieg ein zu 9 Mark eingetaushtes Paar Schuhe zu höchstens 12 Mark

...erhalten und nicht dasselbe Paar jetzt im Einkauf 16 Mark. ...steigt der Preis bei Sorde 2 durch den Handelszuschlag von 38 Prozent auf 25,05 Mark. ...

Dörngemüse. Die Preise für Dörngemüse, das infolge der Ernte nur einen geringen Prozentsatz des frischen Gemüses ergibt, sind durch die Verordnung der Kriegsgesellschaft für Dörngemüse vom 1. und 4. Mai d. J. sowohl für den Großhandel als für den Kleinhandel und an die Verbraucher geregelt.

Öffentliche unentgeltliche Impfung. Es wird darauf hingewiesen, daß am Mittwoch, dem 9. d. Mts., in diesem Jahre an den in üblicher Weise bekannt gegebenen Impfstätten um letzten Male unentgeltliche Impfungen für Erstimpflinge stattfinden. ...

Der Einzug des Frühlings in Oberost erfolgte dieses Jahr nicht nur mit Blumen, sondern mit geradezu katastrophalen Naturgewalten, wie aus den zur Verfügung gestellten Feldpostbriefen hervorgeht. ...

Am 9. hat sich auf der Düna ein schaurig-schönes Naturereignis abgespielt. Gegen 8 Uhr abends brach plötzlich die Eisbede mit ungeheurer Getöse und Jam in Bewegung. ...

Seute gab es Flugblätter von den Russen. Es sah aus, als ob an der Düna Friedensverhandlungen gepflogen werden sollten. Unter August (der Hund) ist heute zur ärztlichen Untersuchung gekommen. Befund noch nicht bekannt.

Am 14. teilt der alte Briefschreiber mit: Die Russen verhalten sich ruhig. Seitens ist ein Mann durch Kopfschuß gefallen. Als ich heute vorn war, ist ein russischer Generallieutenant abgefallen worden. ...

Bei August ist eine leichte Staube festgestellt worden. Dem Augenausschlag soll durch kühle Umschläge Einhalt geboten werden. Fleisch ist ihm zu entziehen. Sonst nichts von Pelana.

Und der Durst des Kompanieführers — ein Gläser — schreit am 12. 4.

Bei uns ist noch alles munter. Seitens war der erste schönste Tag. Die Russen standen alle auf der Duna. ...

Die Russen haben die Unterhände glatt eingelegt. Vom D. ab-

...war kein Spur mehr zu sehen. Wie schon 20 bis 30 Quadratmeter große Eisklöcher in Bewegung. ...

Die Straßensammlung für die U-Boots-Leute hat hier am Sonnabend und Sonntag über 7200 Mk. erbracht.

65 Gegenstände für 5 Mk. bietet in allen Zeitungen die Firma Carl A. G. ...

Die verlorene Handtasche. Am 4. d. Mts. nachmittags gegen 5 1/2 Uhr ist in der Straßenbahn Linie 14 eine schwarze leinwandene Handtasche, enthaltend 1 Reisepass, ...

Ein diebstohliches Kleblatt. Festgenommen wurde eine in der Markgrabenstraße wohnhafte Ehefrau, die in Gemeinschaft mit ihrer Tochter und ihrem Dienstmädchen Ladendiebstahl ausübte. ...

Wegen Schererei festgenommen wurde eine in der Friedenstrasse wohnhafte Ehefrau. In ihrer Wohnung verbara diese Manufakturwaren, Herren- und Damenarbeiten im Werte von über 2000 Mk. ...

Unter falscher Flagge. Festgenommen wurde ein Arbeiter aus Holstebro in Danemark, der einem Maler in Hamburg 'Entzweiungspapiere gestohlen hatte und versuchte, sich mit denselben auszuweisen.

Harbar. Von einem schweren Brandunglück ist das Nachbardorf Zehlendorf am Sonnabend abend heimgekehrt worden. Auf bisher nicht aufgeklärte Weise entstand in dem Wohnhaus des Fabrikbesizers Adolf Kröger Feuer, das mit rasender Schwellegeit um sich griff und in kurzer Zeit beide großen Ge-

...bäude vollständig einäscherte. Das gesamte Vieh, 13 Kühe, 16 Schweine sowie eine Anzahl Federvieh und das Inventar sind in den Klammern ungenutzt. ...

Bürgertafel.

Als lächelnde Staatsbürger sind angenommen und verewidigt:

Eisenbahnassistent Ambrosius, Bureaugehilfe Biedrowski, Maurer und Bauunternehmer Cordts in Westde, Kaufmann Doehle, Buchhändler Dasha, Schlossergeselle Dreier, Straßenbahnwagenführer Dunkelmann, Zollauffeher Fejling, Arbeiter Frahm, Lehrer Hendt, Zollauffeher Hohls, Arbeiter Holm, Dreher Hoff, Schneidergeselle Karge, Handlungsgehilfe Kitzelmann, Metallarbeiter Koch, Schmiedegeselle Kold, Buchhalter Pled, Glendreher Pohrbever, Arbeiter Maack, Lagerverwalter Marmann, Schlossergeselle Meinke, Praktischer Arzt Dr. med. Meyer, Barbier und Friseur Müller, Gutsverwalter Oppermann in Stralitz, Bureauvorsteher Pödelhoff, Geschäftsreisender Pöschel, Apfelmacher Dr. med. Reib, Güterbodenarbeiter Riese, Schneidergeselle Riedhoff, Höfer und Maschinenhändler Schöning, Tischlergeselle Schulze, Ruffischer Schüt, Arbeiter Steinfaß, Handlungsgehilfe Stäffen, Schlossergeselle Walters, Ruffischer Wegner, Privatmann Wüthhoff, Schlossergeselle Wulf.

Neueste Nachrichten.

Haag, 7. Mai. Nach einer Reutermeldung aus Newyork hat der amerikanische Arbeiterbund den Arbeiter- und Soldatenrat in Petersburg aufgefordert, die vorläufige Regierung zu unterstützen. Die Tätigkeit Lenins wird als verbrecherisch gebrandmarkt.

Zürich, 7. Mai. Das „Zürcher Volksrecht“ meldet aus Petersburg, daß bei der Front-Armee große Demonstrationen gegen die Kriegspolitik der Regierung stattfanden. Der größte Teil des Volkes verlange den sofortigen Frieden.

Briefkasten.

Butterhändler Schwartau. Selbstverständlich hat die Herrschaft nicht das Recht, ihrem Dienstmädchen das diesem auf Grund seiner Butterkarte zuzulassende Quantum Butter vorzuenthalten. Diese Butter steht vielmehr dem Dienstmädchen zu und es ist ein ziemlich starkes Stück, wenn Herrschaften dem armen Mädchen auch noch das bißchen Butter wegnehmen. Wir raten Ihnen, sich wegen dieser Angelegenheit an den Bürgermeister oder seinen Vertreter zu wenden.

Fleisch oder Wurst? Auf Verlangen des Käufers muß der Schlachter auf die Zulassungskarte ausschließlich Fleisch zum ermäßigten Preise abgeben; auf die Zulassungskarte kann die Bekannmachung des Polizeiamts betr. Fleischverkauf vom 5. Mai keine Anwendung finden.

Verantwortlich für die Rubrik „Aus Lübeck und den Nachbargebieten“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwig, für den gesamten übrigen Inhalt: Johannes Stelling, Verleger: Th. Schwarz, Druck: Friedr. Meyer & Co., sämtlich in Lübeck.

Stattbesonderer Anzeiger

Am Sonnabend abend erkrankte sanft nach 73jährigem Leiden mein lieber guter Mann, der Güterbesitzer a. Z. (679)

Benjamin Habel

im 56. Lebensjahre. In tiefer Trauer

Mathilde Habelgeb. Albrecht.
Lübeck, den 7. Mai 1917.
Langer Schöberg 55.

Die Trauerfeier findet am Freitag, dem 11. Mai, nachmittags 3 1/2 Uhr, im hiesigen Krematorium statt. Von Beileidsbesuchen bitte absehen.

Magermilchverteilung am 9. Mai

(mit Vorbehalt der Verkaufsfähigkeit.)

In den meisten Läden ist auch ein Teil Buttermilch; diese wird auf Wunsch an Stelle der Magermilch ausgegeben, soweit der Vorrat reicht.

Ausgabe der Magermilch (Buttermilch) an die

Nr. 1 bis 100, Nr. 201 bis 250, Nr. 301 bis 350 der Hausnummern.

Kustnerts- und Beschwerdestelle

am Montag und Donnerstag jede Woche geschlossen.

Hansa-Meierei G. m. b. H., Lübeck.

Lübecker Gen.-Bäckerei

e. G. m. b. H.

Ordentliche

General-Versammlung

am Mittwoch, d. 16. Mai 1917
abends 8 1/2 Uhr

im „Gewerkschaftshaus“
Johannisstraße 50-52.

Tages-Ordnung:
Geschäfts- und Kassenbericht vom 1. Quartal 1917.
Anteilsscheine legitimieren.

Lübecker Gen.-Bäckerei
e. G. m. b. H.
Der Vorstand.

Die Sozialdemokratische Feldpost

Maifestnummer, nur noch einige Exemplare.
Preis 10 Pfg.

Buchhandlung Fr. Meyer & Co.

Johannisstraße 46.

Sozialdemokr. Verein

Schwartau-Rensefeld.

Als weiteres Opfer des Weltkrieges fiel unter Genossenschaft

Hermann Patau.

Seine jenseitigen Angehörigen!

Der Vorstand.

Hansa-Theater.

Allabendlich 8 Uhr:
Ostpreussen
und sein
Hindenburg.

Vorverkauf Zigarrenhandlung Sauer Kohlmarkt.

Mittwoch und Sonnabend nachmittags 4 1/2 Uhr Schöller-vorstellung. Eintrittspreis 30 und 50 Pfg.

Dieser Film ist für die Jugend nicht nur freigegeben, sondern von Behörden und Pädagogen ausdrücklich empfohlen.

Der Friede und die Internationale

Von Hugo Poetzsch.
Preis 10 Pfg.

Buchhlg. Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.

Von der

Lehrmeister-Bibliothek

empfehlen wir besonders folgende Bändchen:

- Das Einmachen der Gemüse 40 s Nr. 343-44.
- Das Einmachen der Früchte 20 s Nr. 3.
- Ernte u. Aufbewahrung des Obstes 40 s Nr. 55-56.
- Die Fruchtstoffbereitung 20 s Nr. 345.
- Verwertung d. Honigs im Haushalt 20 s Nr. 77.
- Milch 20 s Nr. 300.
- Billige Fleischersatzstoffe 20 s Nr. 320.
- Kaninchenfleisch 40 s Nr. 334-35.
- Billige Fischsuppen 40 s Nr. 350-51.
- Ein Monat Arbeitertische 20 s Nr. 46.
- Vegetarisches Kochbuch 20 s Nr. 187.
- Kochtische und Kochzettel 20 s Nr. 346.

Der neueste Kriegs-Atlas

mit 52 Karten von allen Kriegsschauplätzen des Weltkrieges. = Preis 1.- M.

Buchhandlung Friedr. Meyer & Co.,

Johannisstraße 46.

Danksagung.

Für die rege Beteiligung und zahlreichen Spargaben bei der Beerdigung meiner lieben Frau spreche ich allen, die mir ihre Teilnahme bewiesen, ihren Mitarbeiterinnen der Sanitäts-Abteilung Trübenberg und dem Arbeiter-Zusammenhang meinen herzlichsten Dank aus. (682)

R. Müller und Kinder.
Lübeck, Mai 1917.

2. Jahrb. Kasinobros

Publiz. zu verkaufen. (681)

W. Pätz, Buchbinder, 4a, L.

Handwerker od. Klav. Sportwagen mit Motor zu verkaufen. Preis 1.500 M. in die Ggg. (683)

Buchhandlung von

Friedr. Meyer & Co.

Johannisstraße 46.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 7. Mai 1917.

102. Sitzung, Nachmittags 1.15 Uhr.

Am Bundesratspräsidenten v. Stein, Dr. Helfferich.
Zunächst wird gemäß einem Beschluß der Geschäftsordnungs-Kommission ein Antrag auf Einleitung eines Privatklagenverfahrens gegen den Abg. Gunkler (Sp.) abgelehnt.
Hierauf wird die

zweite Beratung des Militärretats

fortgesetzt.

Schürmer (Z.) tritt für die Beilegung des Duellzwanges ein. — General Gröner hätte vor seinem Austritt an die Munitionsarbeiter mit den berufenen Vertretern der Arbeiter-Führung nehmen müssen, dann wäre manche Kritik unterblieben. Auch bei der geplanten Regelung des Arbeitsnachweiswesens sollte man die bestehenden Organisationen für Arbeitsvermittlung hinzuziehen. Der Abg. Cohn von der Arbeitergemeinschaft stellte es so hin, als ob allein die rote Internationale der Welt den Frieden bringen könne. Aber er weiß doch, daß gerade in England Angehörige dieser roten Internationale die argsten Kriegsverbrecher sind. Nicht einmal die Munitionslieferungen durch Amerika hat die rote Internationale verhindern können. Herr Cohn behauptet weiter, der Aufruf der Arbeitergemeinschaft habe die Munitionsarbeiter nicht in den Streit gedrängt. In der Tat sind aber Flugblätter in Bern gedruckt und über die Grenze geschmuggelt, die zum Streit hegen und von Leuten ausgehen, die der Arbeitergemeinschaft nahe stehen. Die Engländer wollen uns bekanntlich zu ihren Sklaven machen. Das würde eine grenzenlose Verelendung, würde Steine statt Brot bedeuten. Um einen erfolgreichen Frieden zu erreichen, ist geschlossene, zähe Abwehr notwendig. (Beifall im Zentrum.)

Dr. Müller-Meinigen (Sp.): Ueber die Behandlung der alten Landstrumfute wird noch viel geklagt. Der Schandfleck des Anbindens ist in Oesterreich-Ungarn beseitigt worden. Das muß auch bei uns möglich sein. Die Vorschriften des Herrn Lubendorf über die Behandlung der Soldaten sind ausgezeichnet. Die Schuld tragen vor allem die unteren Instanzen; das liegt an den Mängeln des Besondereinges. Vor allem muß die Besondereingesträfliche Wirkung haben. Auch müssen wesentlich falsche Angaben der Vorgesetzten in Besondereingesachen unter Strafe gestellt werden. Je länger der Krieg dauert, um so härter tritt auch der schon früher beklagte Mangel hervor, die konfessionelle Zurücksetzung, die Zurücksetzung der Bürgerlichen. Auch nach dem Beruf des Vaters, nach der politischen Gesinnung wird bei der Beförderung gefragt. Mit dem Mandarinentum muß aufgeräumt werden. Die Abschaffung des Einjährig-Freiwilligen-Instituts ergibt sich nach den Erfahrungen dieses Krieges von selbst. Das Leute, die nie im Feuer waren, Schreiber in den Bureaus, Köche in den Stuppen usw., eher mit Eisernen Kreuzen ausgezeichnet werden als die an der Front kämpfende Infanterie erregt Mißstimmung und trägt nicht zur Hebung der Stimmung an der Front bei. „Worn kommt Kugelregen, hinten kommt der Ordenslegen!“ sagt man verächtlich an der Front. Jetzt fängt dieser Unfug auch schon mit dem Eisernen Kreuz 1. Klasse an. Der unselbige Gegensatz zwischen Arme und Volk aus der Zeit vor dem Kriege kann nur durch umfassende Reformen beseitigt werden. Wehe dem Kriegsminister, der die Zeichen der Zeit nicht versteht, Disziplin und Recht müssen zwei gleichberechtigte Faktoren werden. (Beifall links.)

Oberst v. Wriesberg: Für die Zulassung zum Offizier verlangen wir einen gesicherten Lebensunterhalt deshalb, damit der Offizier nicht eventuell nachher betteln gehen muß. Auch an einer gewissen wissenschaftlichen Befähigung müssen wir festhalten. Bei der Zurücksetzung der 45jährigen wird unter „vorderster Linie“ die am Kampfe unmittelbar teilnehmenden Truppen verstanden. Im übrigen sind nur noch verschwindend wenige 45jährige und ältere Leute draußen. Um Klarheit zu schaffen, soll eine Beschränkung hinausgehen, in welchem Sinne der Begriff „vorderste Linie“ aufzufassen ist.

Davidsohn (SD.): Der Kriegsminister hat uns auf seine Taten verwiesen. Die erste Tat, die wir erwarten, ist die Abschaffung des Anbindens. In einem Falle wurde ein Mann von 42 Jahren, der nie bestraft war, ein Familienvater, 7 Tage lang täglich zwei Stunden angehalten. Und wofür? Er hatte drei Fässer Wein für die Offiziere zu besorgen, und eines davon war ihm in der Nacht zerbrochen und Wein entwendet worden. Handelte es sich hier vielleicht darum, Schlimmeres zu verhüten? Die Strafe des Spiegrutenlaufens würde ich dieser Strafe des Anbindens vorziehen. Andere Infor-

mationen, die auf Hunderten von Briefen von der Front beruhen, sind mindestens so zuverlässig, wie vielfach die vom Kriegsminister. Wir kennen vielfach diejenigen, die uns Briefe von der Front schreiben, wir haben schon im Frieden mit ihnen zusammen gearbeitet. Ein solcher, sozialdemokratischer Redakteur, der kurzzeitig ist, und dem beim Schließen Auge und Glas verfallen, wurde vom Feldwebel auf's argste beschimpft. Auf seine Beschwerde wurde eine Untersuchung vorgenommen, doch der Feldwebel leugnete und von den Unteroffizieren hatte auch keiner etwas gesehen und gehört. Der Kriegsminister wird vielfach dem Feldwebel Glauben schenken. Im Feinde kommt es noch häufig vor, daß Befehle erteilt werden, deren Ausführung eine strafbare Handlung bedeutet. Besondere Aufmerksamkeit sollte die Heeresleitung auf die Verhältnisse bei den Truppenteilen richten, die fern von der Front in der Türkei usw. liegen. Unerhört ist der Zustand, daß Elsäßer, Dänen usw. seit Kriegsbeginn noch keinen Urlaub bekommen haben. In der Frage der Beförderung von Dissidenten zu Offizieren sagte Oberst v. Wriesberg im November 1916, die Regierung werde die Angelegenheit wohlwollend prüfen. Also in dieser Beförderungswilligkeit will die Militärverwaltung wohlwollend prüfen. Juden, sagte man mir, seien vielfach nicht geeignet, Offiziere zu werden. Aber sie müssen doch im Kriege die vollen Funktionen von Offizieren ausüben. Es würde das Ansehen Deutschlands aufs höchste schädigen, wenn es sich nach dem Kriege herausstellt, daß Juden, Elsäßer usw. der Militärverwaltung gut genug gemeint seien, für das Vaterland zu bluten und zu sterben, daß es aber nachher heißt: Der Mohr hat keine Schuldigkeit getan, der Mohr kann gehen. Mit der Körperverletzung ist es besser geworden. Aber noch besser würde es werden, wenn den Offizieren von Zeit zu Zeit zu Gemüte geführt würde, daß das vorläufige Unterlassen der Fürsorge mit der entehrenden Strafe des Kriegsverrats bestraft wird. Auch große Vorräte an Kupfer und anderen Dingen könnte man aus den Unterständen herausholen. Dann könnte manche Kirchenorgel an ihrem Platz bleiben. Das zweite Budget ist um so notwendiger, als die Offiziere ein zweites Mobilmachungsgeld erhalten haben. Die Begründung für den Kauf des Hotels Cumberland hätte uns auch im Etat vorgelegt werden können, anstatt, daß wir sie dem Schatzsekretär in der Kommission abdringen mußten. In der Kommission haben auch Vertreter der Konjunktur- und der Deutschen Fraktion herzerweichende scharfe Reden gegen den Bureaukratismus in der Armee, gegen den Verschwendungssüßler usw. gehalten. Es wäre wirklich dringend zu wünschen, wenn uns hier im Plenum nicht immer die Kritik allein überlassen würde. Es mehren sich weiter die Klagen, daß die vergiftenden Schnapsrationen für die Soldaten größer werden. Auch die Lohnungsfrage verdient Beachtung. Ich berufe mich hier auf Herrn Dietrich Hahn, der kürzlich in einem Vortrage über Neuorientierung auch eine neue Regelung der Gehaltsverhältnisse forderte und dabei sagte: Es ist nicht richtig, daß der junge Leutnant, der eben von der Prima des Gymnasiums gekommen ist, 20 Mark monatlich bekommt, der Soldat nur wenige Groschen. Derartige Ungleichheiten können nicht ohne Murren ertragen werden. Der Abg. v. Bozth stellte Schiedemanns Äußerungen über den nicht mehr zu gewinnenden Krieg so dar, als ob sie gleichwertig seien mit einem verlorenen Kriege. In Wahrheit bedeuten sie, daß keine der beiden Parteien die andere niederwerfen kann. Aber die Herren scheinen sich zu sein nach Konflikt. Sie scheinen die Antwort, die in der Kommission Staatssekretär Zimmermann gab, vergessen zu haben, sonst wäre es nicht möglich, daß Herr Martin Schmach und Schande über die Streitenden rief, unter denen sich auch Hunderte von Müttern befanden, die sehr wohl wußten, was sie mit der Demonstration wollten. Es handelte sich darum, ob die Arbeiterchaft darauf rechnen darf, daß vor tiefgreifenden Maßnahmen ihr Vertrauensmann im Kriegsamte gehört wird. Darüber hat sich General Gröner nicht geäußert. Der Hindenburg-Brief war zunächst ohne Form und Eifer geschrieben, indem angegeben wurde, daß das deutsche Volk unter der Lebensmittellage leide und die Erzeuger von Lebensmitteln sollten ihre Rücksicht tun. Dann erst war von der Munitionserzeugung die Rede. Diesen Brief schickte General Gröner an die Gewerkschaften, die in einem Rundschreiben der sieben Verbände antworteten. Dann behandelte der Reichskanzler diese Dinge sachlich und ruhig in einem Schreiben an die Bundesregierungen. Dann erst kam der Brief des Generals Gröner, eine Uebersetzung des Hindenburg-Briefes in das Kirdorf-Stumm-Buttka-er-Jagdweise, in jenem Stil, von dem sich die deutschen Arbeiter nicht imponieren lassen. Von dem Leben

mittelwucherern und Hamstern, von denen Hindenburg ausgegangen war, kein Wort mehr. Dieser Gröner-Brief wäre glatt gelöscht worden, wenn in ihm Licht und Schatten gleichermäßen verteilt gewesen wären, wenn in ihm ein Nachwort gestanden hätte, des Inhalts: „Sagt Ihr nicht Hindenburgs Worte gelesen? Eine unüberhörbare Schuld lastet derjenige auf sich, wer durch Bezugslieferung von Getreide und Korn an Vieh die Arbeitskraft der deutschen Munitionsarbeiter schädigt! Für deren Schuld müssen unsere Feldgrauen bluten. Wer wagt es, dem Ruße Hindenburgs zu lohnen? Ein Hundstot, der sich mähet und wuchert, während das arbeitende Volk darbt. Die schlimmsten Feinde liegen mitten unter uns. Das sind die vaterlandsverräterischen Kriegsschmerzer. Sie müssen gebrandmarkt werden vor dem ganzen Volke. Wer wagt es, nicht von seinem Ueberflusse dem Volke zu geben, wenn Hindenburgs Befehl ist?“ (Beifall bei der Sozialdem.) Die Darstellung des Abgeordneten Dr. Cohn, es sei im Ausschusse ein Telegramm an Hindenburg beschloffen, war falsch. Es war eine Entschlieung vorgelegt, die die schmerzlichen Drohungen gegen die deutschen Arbeiter enthielt. Diese Drohungen gelang es uns auszuwurzeln und der dann übrig bleibenden Entschlieung konnten wir zustimmen, hatten auch keinen Anlaß, nachträglich zu protestieren, als der Vorliegende mitteilte, er wolle die Entschlieung an Hindenburg telegraphieren. Die von der Arbeitergemeinschaft vorgelegte Resolution werden wir ablehnen, wenn wir auch mit dem von Abg. Cohn zur Begründung ausgeführten Gedankengang vielfach einverstanden sind. In dem Augenblick, wo der von der Arbeitergemeinschaft gewünschte Ausschuss unter der heutigen Verhältnissen möglich wäre, wäre er unnötig, denn die neue Zeit klopft an alle Türen. Hier hat vor allem der Reichskanzler das Wort, um Stellung zu nehmen zu den vier Interpellationen. Was Annerzionphantastien im Innern und im Auslande verlangen, ist ganz gleichgültig; nur das eine Thema steht zur Verhandlung: Wie kommen wir auf dem besten und schnellsten Wege zum Frieden? Dr. Cohn hat mit begeisterten Worten an die sozialistische Internationale geschloffen. Meint er die heutige Internationale? Dann könnte ich ihm nicht ganz zustimmen. Meint er die wiedererstandene Internationale von morgen, die sich das zu eigen machen muß, was wir und unsere Genossen in Oesterreich-Ungarn am 4. August 1914 verkündet haben und was uns jetzt aus Rußland entgegentritt, dann spricht aus uns allen gemeinsam nichts als die große Sehnsucht der ganzen Menschheit: Frieden, Frieden, Frieden! (Beif. Beifall b. d. Soz.)

v. Graefe (R.): Wir danken dem Kriegsminister, daß er die Autorität der Regierung, und vor allem der Armee so vortrefflich zu wahren gewußt hat. Mit dem breiten Vorbringen solcher Einzelheiten hier im Plenum nutzen wir dem deutschen Volkstum. Die Predepresse (Heiterkeit) sind zu niedrig. Der Zeitungsdienst müßte ohne weiteres als Hilfsdienst anerkannt werden. Das Einjährig-Freiwilligeninstitut hat sich durchaus bewährt. Das die Landwirtschaft die Ernährungsmittel der Industriearbeiter in unzureichender Weise erbracht hat, ist gänzlich unzutreffend. Auf dem Lande lebt man ja naturgemäß etwas besser als in der Stadt, wo die Bevölkerung zusammengedrängt ist. Aber den Gedanken, als ob man auf dem Lande alles in Hülle und Fülle hat, sollte man in der Arbeiterchaft nicht aufkommen lassen. Mit Beschimpfungen machen Sie den Bauer lächerlich. Wenn unzureichend Korn verfrachtet ist, so ist schuld daran die Regierung, die die unzulässige Nation so festgehalten hat, daß das arbeitende Pferd, mit dem der Acker bestellt werden soll, dabei nicht arbeitsfähig bleiben kann. Der Antrag der sozialdemokratischen Arbeitergemeinschaft auf Ueberwachung der Heerführung, zu der unser Volk unbegrenztes Vertrauen hat, kann nur erheitend wirken. Gott bewahre uns vor solchen Dingen. (Sehr richtig! rechts.)

Ein Regierungskommissar bekräftigt, daß beim Verkauf des Hotels Cumberland überhaupt Vermittlungsgebühr bezahlt worden ist.

Generalleutnant Gröner: Ich muß es zurückweisen, daß bei meiner Ausheldung ein Scharfmacher hinter mir gestanden hat. Herr Davidsohn wünscht, daß auch die Bauern und Lebensmittelmacherer etwas abbekommen hätten. Nun, die Bauern haben in den Wochen vorher genug gehört und ich habe mich reichlich daran beteiligt. Die militärischen Nachschubautonominos sind ein Beweis dafür. Aber die Ernte ist noch nicht herein, und vielleicht haben wir den Bauern die Hölle überhitzt. Und die Lebensmittelwucherer? Mein ceterum censeo im Kriegsamte war stets: Che nicht einige von diesen Schandbuben am Potsdamer Platz aufgehängt sind, so lange wird es nicht besser! (Heiterkeit.)

Wer trägt die Schuld?

Erzählung von Theodor Mügge.

6. Fortsetzung.

Aber Onkel, sagte der junge Mann erheitert, sie spinnt mir doch keinen goldenen Faden.

Wer kann's wissen, sagte Onkel Tobias, schlaue Fakten ziehend und auf die überne Nase schlagend. Kauf die neuen Kirchensplage und mache ihr einen zum Geschenk.

Geucheln kann und will ich nicht.

Was heucheln, Narrensposten! schrie der alte Mann. Menschenkenntnis soll man haben, und das wenigste, was du tun kannst, ist, daß du so freundlich bleibst, wie du stets gewesen. Müßst du mit deiner Frau zürnen, weil sie sagt, am liebsten möchte ich mein Geld behalten? Wohin soll's denn führen mit euch beiden? Ich habe das Betragen niemals verurteilt, Eduard. Ich weiß nicht, wie es gekommen ist; ich glaube aber, es haben mir immer zu viele gefallen. In allen Orten, wohin ich kam, gab's Mädchen, die ich gleich hätte mitnehmen mögen, doch kaum war ich fort, ging's mir in andern Städten gerade so. Vielleicht war's am Ende doch noch was geworden, und ich wäre irgendwo hängen geblieben, hätte ich meine alte Geige nicht immer bei mir gehabt. Kam allerlei Trümmerei über mich, sagte ich sie bei den Ohren, und das liebe alte Geschnipf fing gleich an zu singen: Schlag dir's aus dem Sinn, schlag dir's aus dem Sinn, es bringt kein Gewinn!

Eduard lachte herzlich auf, aber Onkel Tobias hielt ihn am Knopfloch fest und klopfte ihm auf die Backen. Na, siehst du wohl, mein Schöhnchen, nicht er, wer es versucht hat, der kann nicht mehr singen: Schlag dir's aus dem Sinn, sondern der muß immer daran denken, was an ihm hängt.

Eine Kette!

Wah, daß! so ein allerliebste rosig Weib, das Blumen näht, und keiner kann's ansehen, ohne zu wünschen, hätt' ich es doch, ihmiedert kein glühend Eisen für den Mann. Aber ich hab's einmal gesehen in einem Buch, da stand geschrieben: Das eheliche Kleid ist ein Gemebe von feinstem Stoff, man muß es wohl behüten vor dem ersten Riß, denn ist der einmal darin, so kommen bald auch ihrer mehrere, und wie es gestopft und gestickt werden mag, mit Glanz und Schönschick ist's vorbei.

Ja, man muß sich davor hüten, sagte Eduard nachdenklich mit leiser Stimme.

Geh hin und gib ihr einen Kuß! rief Onkel Tobias, indem er den verjöhnlichen Mann selbst küßte, so wird alles gut sein. Was die Frau Bürgermeisterin betrifft, so mußst du es ebenfalls versuchen, denn erstens hat sie Geld, zweitens sind alle Menschen herzlich, und drittens können sie nichts mitnehmen. Diese drei Punkte überlege dir wohl unterwegs.

Damit schob Onkel Tobias seinen Neffen zur Tür hinaus.

4. Kapitel.

Es war zwischen den beiden Verwandten verabredet worden, daß Eduard seine begonnenen Unternehmungen ohne Bedenken forsorgen sollte ob auch die Aussicht auf die Reichheit des Vermögens seiner Frau oder auf die Unterstützung seiner Schwiegermutter fehlte. Onkel Tobias war ja selbst nicht arm, auch glaubte er, daß die alte Frau nicht abgeneigt sein würde, ihrem Sohne Vorhülfe zu machen, besonders wenn dieser seinen Bruder zu gewinnen suchte und überhaupt allen Anlaß vermeide, Vergernis zu erregen.

Der alte Mann in seiner Teilnahme für seinen Neffen schätzte diesem daher auch wiederholt ein, seinen Janz mit seiner Frau zu beginnen und die Frau Bürgermeisterin zuvorkommend zu behandeln. Daß dieser Rat klug war, sah Eduard ein, und was auch in ihm sich widersetzte, so zwang er sich doch, so gut es immer ging, danach zu handeln. Aber er gehörte doch nicht zu den Diplomaten, denen das Wort dazu bestimmt scheint, die Gedanken zu verzerren, und welche fähigst sich zeigen können, während sie auf Verrat sitzen. Seine Freundschaftlich bekam etwas zurückhaltend Steifes, die offene Weise, mit der er bisher über alles gesprochen hatte, was ihm einfiel, schrumpfte zusammen, er beschränkte sich auf das Notwendige, und indem er seine Unbefangenheit verlor, gab er sich Beobachtungen hin und wurde auf mancherlei aufmerksam, was ihm bisher entgangen war.

Onkel Tobias hatte ihm etwas über den Charakter seiner Frau gesagt, woran er bisher nicht gedacht hatte. Er hatte überhaupt eigentlich noch nicht über deren Charakter gegrübelt, denn es ging ihm wie den allermeisten Menschen, die sich auf recitierende Eindrücke beschränken, die sie empfangen, ohne diese zu einem Ganzen zusammenzufügen. Er hatte sich daher nicht einmal ernstlich gefragt, ob Anna ihn liebe, und ebensowenig hatte er eine solche Frage sich in bezug auf die Frau, der er sich geschworen, vorgelegt. Zunächst hatte er die ganze Angelegenheit vorherrschend als einen Akt notwendiger Geschäftssache betrachtet. Er mußte eine Frau haben, diese wurde ihm angewiesen, und weil die Heirat allen vorteilhaft schien, war sie ihm selbst vorteilhaft vorgeworfen. Dazu hatte sich der sinnliche Reiz nach dem Besitz des Mädchens gesellt und die Eitelkeit, beneidet zu werden. Ein anderes Bild war nicht in seinem Herzen. Er hatte viele Mädchen kennen gelernt, diese und jene hatten ihn gefallen, und es war zuweilen zu einer Liebelei gekommen, allein die Liebe, von der er zuweilen gehört oder gelesen, wie sie als Leidenschaft auftritt, hatte er niemals kennen gelernt.

Das ist auch eine Torheit sagte er zu sich selbst. Die verständigen Leute haben ganz recht, es führt nur zum Unglück. Mit Leidenschaft hatte er daher niemals an Anna gedacht, und von den Millionen Ehen, die auf Erden geschlossen werden, machte die seinige keine Ausnahme; sie war zu den besten darunter zu zählen. Die Verhältnisse paßten, Eltern und Freunde finden es rätlich,

manches reizt und lockt, eine Abnützung ist nicht vorhanden, die Zukunft scheint dem Bündnis gezogen, und die Phantasie erhebt sich mit allerlei Vorstellungen. In dem Stande, dem Eduard angehörte, dem geschäftlichen Bürgerstande, ist es auch ganz gewöhnlich, die Ehe aus dem Gesichtspunkt der Nützlichkeit für beide Teile zu betrachten, und so zu sagen, wie er es gesagt hatte: Ein armes Mädchen kann in letzter Zeit kein Geschäftsmann nehmen. Was bekommt die mit, die ich heiraten soll?

Trotz dieser selbständigen Prosa war aber dennoch mehr Lust und Neigung zu einem positiven Liebeshaus in Eduards Herzen, als er geglaubt hatte. Die allermeisten Leute seines Standes gehen wohl bald in ihrer gewerblichen Tätigkeit auf oder empfinden es überhaupt nicht allzu tief, wenn ihre Ehe von der alltäglichen Sorte ist und bleibt. Nach mancherlei Hader und Zänkereien kommt es zu einem gegenseitigen Verbündnis, bei dem entweder der Mann oder die Frau der nachgebende Teil ist. In dieser Ausgleichung tritt dann die Gewohnheit, und wenn beide Teile nicht allzu hart sind, fangen sie doch an, zusammen zu mahlen. Der größte Teil der Menschen ist gutmütig; in der Ehe scheidet und findet sich, der eine Charakter in den anderen, eine gewisse Zuneigung entwickelt sich in den allermeisten Fällen, und Liebe und treue Abhängigkeit erblicken häufig in der Ehe selbst da, wo anfangs geringe Neigung oder sogar Zwang war. Das alles hatte Eduard wohl öfter gehört, und einige Male, wo er fähigst daran dachte, ob er seine Frau wirklich liebe, war er ebenso geschwind damit fertig gewesen. Sie war jung, hübsch, und hatte Geld, warum sollte er sie also nicht lieben und warum nicht ebenjo glücklich werden, wie so viele andere Leute?

Es lag auch bis jetzt nicht an ihm, wenn Störungen eintraten. Er hatte den besten Willen, seiner jungen Frau sich rätlich anzuschließen, und seine Wünsche, ihr zu gefallen, und jedes Zeichen ihrer Neigung lebhaft zu erwidern, kamen aus einem empfänglichen Herzen. Was Anna ein lebensfrohes, empfangendes Kind gewesen, sie würde mit ihren Mädelereien, ihren Einfällen und frohem Gelächter ihren Mann leicht zu ihrem Liebhaber gemacht haben, aber vom Hochzeitsstage an, wo sie mit rätlichster Selbsteigenschaft ihm schalk, war eine kältere Stimmung zurückgeblieben und diese entwickelte sich weiter bis zum Bruch. Wenn Eduard Lichtfeld wenig daran dachte, wie er zu der Frau passe, die er gewählt, so hatte er noch weniger danach gefragt, mit welcher Neigung sie ihm ihre Hand reichte. Sie hatte ihr Jawort gegeben, hatte keine Küsse erwidert, hatte ihn freundlich empfangen, wenn er kam, und mit anständiger Wohlgefälligkeit alle Glückwünsche angenommen. Was wollte er also mehr? Er, der statliche junge Mann, der wohlhabende Mann, der manche begehrte Eigenschaften besaß, und von vielen gelobt wurde, er konnte wohl denken, daß auch Anna Neumann ihn gern sah und mit Freundschaft ihm folgen werde.

(Fortsetzung folgt.)

